



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch**

Dienstag, 19. Jänner 2016

## **Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 21. Jänner 2016**

an Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

**Betrifft: Nutzung der Freiflächen an den Grazer Schulen in den Wintermonaten**

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Glücklicherweise wird das Angebot an ganztägigen Schulformen in Graz immer umfassender. Wichtig ist dabei aber auch, dass sich die Schülerinnen und Schüler in den Pausen und am Nachmittag ausreichend im Freien bewegen können. Das ist nicht nur gesund, sondern erleichtert auch das Lernen. Nicht überall jedoch besteht dazu die Möglichkeit. In der Volksschule und der NMS Viktor Kaplan in Andritz etwa ist der Platz im Winter nur spärlich vorhanden. Die asphaltierte Freifläche vor der Schule dient als Parkplatz, und der große begrünte Sportplatz hinter der Schule darf in der kalten Jahreszeit – wie in allen städtischen Schulen – nur genutzt werden, wenn ausreichend Schnee liegt. Die Schulsportplätze dürfen auch dann nicht benutzt werden, wenn es so warm und trocken ist, wie es die bisherigen Monate in diesem Spätherbst und Winter waren.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Frage**

**Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass die Grazer Schülerinnen und Schüler auch in den Wintermonaten ausreichend Platz im Freien haben, wo sie sich in den Pausen und am Nachmittag bewegen können?**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Mag. Robert Krotzer**

Dienstag, 19. Jänner 2016

## **Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 21. Jänner 2016**

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: **Online-Voranmeldung an Grazer Volksschulen**

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Für Kinder, die ab Herbst 2016 die Volksschule besuchen, gab es zwischen 3. und 13. November 2015 erstmals eine Online-Vormerkung, die der Schuleinschreibung im Jänner vorangeht. Laut Service-Center der städtischen Bildungsabteilung wurde dieses Angebot von 1.759 Eltern in Anspruch genommen, wobei in 1.570 Fällen der Wunsch nach der gewählten Volksschule berücksichtigt werden konnte. Als besonders beliebt haben sich dabei die innerstädtischen Volksschulen herausgestellt, was vor allem mit deren Erreichbarkeit begründet wurde.

Allerdings gibt es auch eine Kehrseite dieser Online-Vormerkung: Für jenes Drittel der Kinder, deren Eltern von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht haben, kann es nun schwer bis unmöglich werden, einen Platz in der Wunschvolksschule zu bekommen. Besonders betroffen davon könnten Kinder sein, die aus Familien kommen, deren soziale Benachteiligung oder sprachliche Hürden ohnehin bereits eine Erschwernis der beginnenden Bildungsbiographie der Kinder darstellen könnte. Das System der Online-Voranmeldung könnte, wenn nicht alle Eltern umfassend davon in Kenntnis gesetzt und bei der Bedienung unterstützt werden, die soziale Selektion des österreichischen Bildungswesens auf städtischer Ebene noch weiter vertiefen.

Aus den genannten Gründen stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

### **Frage:**

**Wie kann aufgrund der bisherigen Erfahrungen bei den Online-Vormerkungen für die Grazer Volksschulen ausgeschlossen werden, dass es zu Benachteiligungen von Kindern aufgrund des sozialen Hintergrunds oder sprachlicher Hürden der Eltern kommt?**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118  
Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
          + 43 (0) 316 – 872 2151  
          + 43 (0) 316 – 872 2152  
          + 43 (0) 316 – 872 2153  
Fax:      + 43 (0) 316 – 872 2159  
E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

**Gemeinderat Manfred Eber**

Donnerstag, 21. Jänner 2016

## **Antrag**

**Betrifft: Ampelschaltung für RechtsabbiegerInnen**

In den letzten Monaten wurden im Zuge von Um- und Neugestaltungen von Kreuzungsbereichen VLSA dermaßen geschaltet, dass RechtsabbiegerInnen „rot“ haben, auch wenn der Querverkehr ebenfalls „rot“ hat – nur die parallel gehenden Fußgänger haben (durch Druckknopfampel) „grün“.

Ein Beispiel hierfür ist die neu gestaltete Kreuzung Lagergasse/Karlauergürtel. Will man von der Lagergasse kommend südlich in den Karlauer Gürtel einbiegen, scheitert dies im Regelfall durch den starken Verkehr. Wird der Querverkehr am Karlauer Gürtel durch die Fußgeherdruckknopfampel angehalten, schaltet sich auch für die von der Lagergasse Kommenden eine rote Ampel dazu. Hält man vorschriftsmäßig vor der Haltelinie, hat man keine Chance, sich vor dem Querverkehr einzuordnen.

Die StVO regelt umfassend, wie sich Rechtsabbieger zu verhalten haben. Eine zusätzliche Ampel trägt eher zu vermeidbarem Stress und Unsicherheit bei.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag**

**Die zuständigen Abteilungen werden ersucht, anstelle von derartigen Ampelschaltungen nach Alternativen zu suchen und diese umzusetzen, beispielsweise durch die ersatzlose Entfernung der zugeschalteten „rechts-Abbieger-rot-Ampeln) oder durch den Ersatz durch orange blinkende Ampeln.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Manfred Eber**

Donnerstag, 21. Jänner 2016

## **Antrag**

Betrifft: **Einbahnregelung Hohenstaufengasse–Kärntnerstraße–Staatsbahnstraße Lazaretzgürtel**

Beim von Hohenstaufengasse, Kärntnerstraße, Staatsbahnstraße und Lazaretzgürtel begrenzten Quartier handelt es sich um ein relativ abgeschlossenes Wohngebiet, das nur über die Hohenstaufengasse erschlossen wird. Die Straßen in diesem Gebiet sind relativ schmal, Parken ist dadurch nicht möglich, auch der Begegnungsverkehr gestaltet sich durch diese Enge oftmals schwierig.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag**

**Die Abteilung für Verkehrsplanung der Stadt Graz wird ersucht, für dieses Gebiet eine vernünftige Einbahnregelung zu erstellen.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch**

Donnerstag, 21. Jänner 2016

## **Antrag**

**Betrifft: Errichtung einer Parkfläche für einspurige Kfz im Bereich der ATG-Halle**

Die AnrainerInnen der ATG-Halle sind verärgert: Einspurige Kfz verstellen die raren Parkplätze, indem sie unregelmäßig die Flächen einnehmen, für die die AnrainerInnen ja ihre Jahresgebühr entrichten.

Durch das Kreuz-Und-Quer-Parken von Mopeds und Motorrädern gehen viele Flächen verloren. Ein eigener Abstellbereich für einspurige Kfz, die nur auf dieser Fläche (und das in geordneter Reihung) geparkt werden dürfen, könnte Erleichterung für die AnrainerInnen schaffen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag**

**Die betreffenden Stellen werden ersucht, für den Bereich im Umfeld der ATG-Halle eine Lösung im Sinne des Motivenberichts zu finden.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118  
Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
          + 43 (0) 316 – 872 2151  
          + 43 (0) 316 – 872 2152  
          + 43 (0) 316 – 872 2153  
Fax:      + 43 (0) 316 – 872 2159  
E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch**

Donnerstag, 21. Jänner 2016

## **Antrag**

**Betrifft: Sicherer Fußgängerübergang für Mariatrosterstraße / Eschengasse**

Im Bereich der Kreuzung Eschengasse/Mariatrosterstraße wurde eine neue Wohnanlage errichtet, eine weitere in der Eschengasse ist in Bau. Gegenüber befindet sich der Billa-Markt.

Die Straße wird täglich von vielen Leuten überquert – in Ermangelung des Zebrastreifens ein Risiko. Die baldige Errichtung eines Fußgängerübergangs wäre höchst wünschenswert.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag**

**Die Stadt Graz beauftragt die zuständigen Stellen, an besagter Kreuzung eine sichere Übergangsmöglichkeit einzurichten.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118  
Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
          + 43 (0) 316 – 872 2151  
          + 43 (0) 316 – 872 2152  
          + 43 (0) 316 – 872 2153  
Fax:      + 43 (0) 316 – 872 2159  
E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch**

Donnerstag, 21. Jänner 2016

## **Antrag**

**Betrifft: Zusätzlicher Ausbildungsstandort für Kindergartenpädagogik in Graz**

Die Bedeutung der vorschulischen Erziehung und Bildung ist längst kein Geheimnis mehr: Der Kindergarten ist die erste prägende pädagogische Einrichtung für das Kleinkind und es ist selbstverständlich, dass auf die Ausbildung der dafür zuständigen ErzieherInnen/PädagogInnen großer Wert gelegt wird.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass viele der AbsolventInnen für Kindergartenpädagogik nicht in diesen Beruf einsteigen, sondern durch weitere Ausbildungen, z.B. an Uni oder FH zusätzliche Studien bzw. Berufsmöglichkeiten anstreben und dann eher selten zur Kindergartenpädagogik zurückkehren – zumal das hier zu erwartende Gehalt zur Attraktivität dieses wichtigen Berufs nicht viel beiträgt. Um zukünftige Engpässe zu vermeiden (Stichwort: zweites verpflichtendes Kindergartenjahr), gilt es, mehr jungen Menschen diese hervorragende Ausbildung zu ermöglichen, d. h. in Graz einen zweiten Ausbildungsstandort einzurichten – und diesen Beruf auch finanziell attraktiver zu machen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag**

**Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, mit dem Bundesministerium für Bildung und Frauen über einen zweiten Standort einer Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in Verhandlungen zu treten.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderätin Elke Heinrichs**

Donnerstag, 21. Jänner 2016

## **Antrag**

**Betrifft: „Psychotherapie anstelle von Psychopharmaka“**

Am 17.09.2013 gab es aus meiner Richtung einen Antrag in Form einer Petition an den Bundesgesetzgeber des Inhalts, die Voraussetzungen für die Behandlung psychisch kranker Menschen gegen Kassenverrechnung und ohne lange Wartezeiten schaffen zu wollen.

Seit dieser Zeit hat sich an der sehr problematischen Gesamtsituation auf diesem Gebiet nichts geändert. Ganz im Gegenteil:

Diversen regelmäßigen Medienberichten zufolge sind eine steigende Anzahl psychisch Erkrankter, damit einhergehend oft lange Phasen der Berufsunfähigkeit und frühzeitige Pensionierungen, zu verzeichnen. Es ist ein Faktum, dass das weitverbreitete Leiden an seelischen Krankheiten auch zum Wirtschaftsfaktor im negativen Sinne geworden ist.

Den ausführlichen Schilderungen der komplexen Problematik in einem Journal-Panorama (10.12.2015) in Ö1 bzw. einem diesbezüglichen Artikel im Kurier (16.12.2015) nach, möchte ich hiermit mein Anliegen, wonach der einfachste Zugang zur Psychotherapie auf Kassensatz für alle Menschen gewährleistet sein soll, wiederholen und Nachdruck verleihen. Die ärmsten Mitmenschen in der Hierarchie der Gesellschaft Österreichs leiden unter der Kompliziertheit des Zugangs am meisten!

Im Wesentlichen wird in den besagten Berichten folgendes dargelegt:

2009 waren 900.000 Menschen in Österreich wegen psychischer Symptome in ärztlicher Behandlung. Tendenz steigend. Die meisten PatientInnen erhalten Psychopharmaka, vor allem Antidepressiva. Psychische Erkrankungen verursachen die längsten Krankenstände (laut Sozialminister Hundstorfer: 3,5 Milliarden Euro Kosten aufgrund von Firmenausfällen!) und führen als häufigste Gründe zu Frühpensionierungen.

Ein wesentlicher, sehr bedenklicher Aspekt ist die Tatsache, dass immer mehr junge Menschen mit psychischen Problemen Schule und Ausbildung abbrechen und somit den Einstieg in den Arbeitsmarkt gar nicht erst schaffen.

Haben sich Erkrankte endlich (!) dazu entschlossen, eine Therapie zu beginnen, ergeben sich zu oft bürokratische Hindernisse bis hin zu langen Wartezeiten.

Die Komplexität der Gründe dafür hier darzulegen, würde den Rahmen sprengen.

Allerdings erlaube ich mir diese vereinfachte Darstellung:

Die 22 verschiedenen Sozialversicherungsträger Österreichs „einigen“ sich in unterschiedlichen Abkommen mit diversen Therapieeinrichtungen (in der Steiermark sind das 17 Vertragspartner) auf beschränkte Kontingente, wobei es bislang nicht einmal möglich war, ein einheitliches Antragsformular für alle Versicherungsträger zu gestalten. In der Folge ergeben sich intransparente, umständliche Regelungen (auch für TherapeutInnen!), nicht selten werden Kriseninterventionszentren eingeschaltet, um

PatientInnen und TherapeutInnen zusammenzuführen.

Wenn zur Krankheit massive bürokratische Hürden kommen, so bedeuten diese Zusatzbelastungen, die oftmals zur Entscheidung führen, auf eine Therapie zu verzichten. Stattdessen bemüht man sich – der Einfachheit halber - um die Verschreibung von Medikamenten, welche immerhin auf Kassenkosten zu erhalten sind!

Knapp eine Million Menschen nehmen jährlich Kassenleistungen wegen psychischer Erkrankungen in Anspruch, ein Großteil davon entfällt auf Psychopharmaka. - Das entspricht einem Zuwachs von 31% an Ausgaben für Psychopharmaka zwischen 2006 und 2013 (Quellen: Donau-Universität Krems, IMS Health, PVA, ÖGPP).

Anders gesagt: Die Verschreibung von Psychopharmaka boomt!

Es kommt dazu, dass aus verschiedensten Gründen viele Medikamente wiederum entsorgt werden. Laut ExpertInnenmeinung könnte also unter anderen Voraussetzungen ein Viertel der Finanzierung hier eingespart und für Psychotherapie verwendet werden.

Bei Investition in flächendeckende Psychotherapie könnten weiters andere Bereiche des Gesundheitsapparates (Versorgung in Ambulanzen -24%, stationäre Versorgung -37%) entlastet werden. Desgleichen das Pensionsversicherungssystem.

Noch ein Beispiel für den allgemeinen volkswirtschaftlichen Aspekt: Nicht selten kommt es nach einem längeren Krankenstand zur Kündigung, womit das AMS auf den Plan gerufen ist.

Die einheitliche Psychotherapieversorgung in Österreich findet sich nicht nur als gesetzliche Vorgabe, sondern auch im Programm der aktuellen Bundesregierung und in den Rahmenbedingungen für die Gesundheitsreform! Die Gesamtproblematik ist also bewusst, die Umsetzung weiterhin fraglich. Es fehlt nach wie vor der längst ausständige Gesamtvertrag zur Vereinfachung jeglicher Vorgehensweise.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag**

Damit die Behandlung aller psychisch erkrankten Menschen gegen Kassenverrechnung nach dem Sachleistungsprinzip und ohne lange Wartezeiten möglich gemacht wird, tritt die Stadt Graz an den Bundesgesetzgeber in Form einer Petition heran. Zur bürokratischen Erleichterung und Zugangsvereinfachung soll in Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungsträgern entsprechend dem aktuellen Regierungsprogramm ein Gesamtvertrag für eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise ausgearbeitet werden.



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Christian Sikora**

Donnerstag, 21. Jänner 2016

## **Antrag**

**Betrifft: Günstige Kohlenmonoxid-Melder**

Das Heimtückische an Kohlenmonoxid ist, dass es vom Menschen nicht wahrgenommen werden kann: Es ist unsichtbar, geruchlos und geschmacklos. CO-Melder warnen rechtzeitig und schützen so vor den folgeschweren Konsequenzen einer Kohlenmonoxid Vergiftung. Erst am 14. Jänner verstarb in der Harter Straße eine 78-jährige Frau infolge einer Kohlenmonoxid-Vergiftung. Der internationale Feuerwehr-Verband empfiehlt seit langem, Haushalte mit Kohlenmonoxid-Meldern auszurüsten.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **Antrag**

**Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, Kohlenmonoxid-Melder in größeren Mengen zu erwerben und diese so günstig als möglich an die Bevölkerung weiterzugeben. Über die Berufsfeuerwehr, in den Servicestellen der Stadt und im Rathaus sollen CO-Melder gegen Vorlage des Meldezettels für Grazerinnen und Grazer wesentlich billiger als im Einzelhandel zu haben sein.**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

**Gemeinderat Manfred Eber**

Donnerstag, 21. Jänner 2016

### **Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Betrifft: Aussetzung der Erhöhung der mietrechtlichen Richtwerte**

Man kann nicht oft genug darauf hinweisen: Immer mehr Menschen können sich die Wohnungsmieten auf dem sogenannten freien Markt nicht mehr oder kaum noch leisten. Die durchschnittlichen Bruttomieten sind inzwischen so hoch, dass selbst „NormalverdienerInnen“ bis zu 50 Prozent und mehr ihrer Einkommen für das Wohnen aufbringen müssen. Das Wohnbeihilfensystem greift hier aufgrund der für die Gewährung niedrigen Einkommensgrenzen längst nicht mehr.

Neben den Betriebskosten ist es vor allem das - selbst für Experten zusehends undurchschaubare - Richtwertgesetz, das das Wohnen immer teurer macht. Dabei verteuern nicht nur die unzähligen Möglichkeiten, Zuschläge zum Richtwert in Ansatz zu bringen, die Mieten, sondern auch der Richtwert selbst.

Gemäß §5 Abs.2 Richtwertgesetz (RichtWG) vermindern oder erhöhen sich die Richtwerte für Wohnungen alle zwei Jahre entsprechend der Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI). Für 2016 prognostiziert das Wirtschaftsforschungsinstitut eine Erhöhung des VPI um rund 1,6 Prozent, die Österreichische Nationalbank rechnet mit 1,7 Prozent. Die nächste entsprechende Erhöhung der Richtwerte ist mit 1. April 2016 vorgesehen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Der Grazer Gemeinderat tritt im Wege einer Petition an den Bundesgesetzgeber mit dem Ersuchen heran,**

- 1. das Richtwertgesetz (RichtWG) dahingehend zu ändern, als dass die vom Justizministerium mit 1. 4. 2016 zu verlautbarenden Richtwerte gegenüber den 2014 verlautbarten und derzeit geltenden Richtwerten unverändert bleiben, und**
- 2. den laufenden ExpertInnengesprächen zur Mietrechtsreform die Absicht zugrunde zu legen, das Richtwertsystem zugunsten einheitlicher, niedrigerer Mietzinsobergrenzen abzuschaffen.**